Zeitschrift: SuchtMagazin
Herausgeber: Infodrog
Band: 41 (2015)
Heft: 5

Artikel: Öffentliche Räume kooperativ gestalten : Beispiele aus Österreich
Autor: Eisenbach-Stangl, Irmgard / Fellöcker, Kurt / Gasior, Katrin
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-800813

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Öffentliche Räume kooperativ gestalten: Beispiele aus Österreich

Die Kontroversen um das «Komatrinken» von Jugendlichen 2007 machten die fragmentierte Zusammenarbeit von Stakeholdern des öffentlichen Raums sichtbar und zeigten ihre Nachteile für Nutzende. Das Projekt AGORA wollte zur Weiterentwicklung der Kooperation von Polizei und Sozialarbeit beitragen. Ein kooperativ gestalteter öffentlicher Raum – so die Annahme – fördert das Wohlbefinden (und damit die Gesundheit) der Nutzenden, wie auch der Kooperierenden. Da wesentliche Unterschiede zwischen öffentlichen Räumen und Problemlagen von Grossstädten und kleinstädtisch-ländlichen Regionen bestehen, wurde das Projekt in den Bundesländern Wien und Niederösterreich durchgeführt.

Irmgard Eisenbach-Stangl
Projekt Koordinatorin, Europäisches Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung, A-1090 Wien, Berggasse 17, eisenbach-stangl@euro.centre.org, www.euro.centre.org

Kurt Fellöcker
Fachhochschule St. Pölten, Studienprogramm Sozialarbeit
Matthias Corvinus-Str. 15, A-3100 St. Pölten,
kurt.felloecker@fhstp.ac.at, www.fh-stpoelten.ac.at

Katrin Gasior
Europäisches Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung,A-1090 Wien,
gasior@euro.centre.org, www.euro.centre.org

Judith Haberhauer
Fachhochschule Campus Wien, Studienprogramm Soziale Arbeit, A-1100 Wien,
Favoritenstr. 226, judith.haberhauer@fh-campuswien.ac.at, www.fh-campuswien.ac.at

Schlagwörter: öffentlicher Raum | Kooperation | Soziale Arbeit | Polizei |

Ausgangslage und Projektziele

Die kontroverse Debatte um das «Komatrinken» von Jugendlichen im Jahr 2007 zeigte, dass in Österreich wenig Einigkeit über präventive Eingriffe bei öffentlichem Substanzkonsum, Berauschung und ihren Folgeerscheinungen bestand.[1] Zu demselben Ergebnis kam eine Studie über «jugendliche Alkoholszenen» (JASZ) im öffentlichen Raum, die mit Förderung des Fonds Gesundes Österreich in den Jahren 2005-2008 durchgeführt worden war.[2] Die Studie dokumentierte, wie machtlos Erziehungsberechtigte sich fühlten, sobald junge Menschen den privaten Raum verlassen hatten; wie belastet die Polizei, die im öffentlichen Raum präsenteste Berufsgruppe, die auch präventive Funktionen wahrzunehmen hat; wie gefordert und teils unterausgestattet die Soziale Arbeit, die vorrangig in Form mobiler Jugendarbeit im öffentlichen Raum aktiv wird; und wie profitorientiert zumindest Teile der Gastronomie und des Handels, die durch konsumfördernde Massnahmen Umsatz und öffentliche Berauschung Jugendlicher steigerten. Die Medien schliesslich erhöhten die Attraktivität des öffentlichen Besäufnisses durch Skandalisieren und trugen dazu bei, dass substanzbezogene Probleme vor allem mit der nächsten Generation assoziiert wurden.

Die genannten Berufsgruppen – relevante Umwelten für jugendliche Alkoholkonsumierende im öffentlichen Raum – reagierten zur Zeit von JASZ höchst widersprüchlich und kommunizierten nur in Ausnahmefällen untereinander, wie etwa im Rahmen zeitlich und räumlich begrenzter Präventionsprojekte. Dieser Mangel regte das Projektteam von JASZ zu einem Folgeprojekt an, das zur Entwicklung der Zusammenarbeit der im öffentlichen Raum aktiven Berufsgruppen bei risikoreichem Verhalten – am Beispiel von Substanzenkonsum, Intoxikationen und Gewalttätigkeit beitragen sollte. Die Vernetzungsaktivitäten sollten sich auf Polizei und Soziale Arbeit – auf zwei von vier ausgewählten Zielgruppen – konzentrieren, die natürlich nicht alle Stakeholder im öffentlichen Raum umfassen. Beschränkungen war nicht nur das Projekt, sondern ist auch die vorliegende Arbeit unterworfen: sie wird über Ergebnisse zur Kooperation von Polizei und Sozialer Arbeit berichten. Das Projektteam bestand aus Mitarbeitenden des Europäischen Zentrums für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung in Wien und aus Mitarbeitenden der Fachhochschulen St. Pölten, Niederösterreich und Campus Wien, Studienprogramme für Soziale Arbeit.

Projektkonzepte und Projekträume

Das wichtigste Ziel von AGORA – wie der Kurztitel des Folgeprojekts lautete – war, zur Entwicklung der Kooperation von Polizei und Sozialer Arbeit im öffentlichen Raum beizutragen. Damit nicht genug, wollte AGORA auch einen Beitrag zur strukturellen Verankerung der weiterentwickelten Kooperation leisten und sich dadurch von den kurzlebigen Präventionsprojekten mit kurzlebigen Effekten unterscheiden, die das Projektteam in Zeiten von JASZ kritisiert hatte. Die Laufzeit von AGORA betrug 3 Jahre: die Arbeit am Projekt wurde im Mai 2012 aufgenommen und im Sommer 2015 beendet.[3]

AGORA setzte auf den Aufbau eines kooperativ gestalteten öffentlichen Raums anstelle eines Raums, der durch nicht abgestimmte, teils auch konfligierende Haltungen und Hand-

lungen mit Gestaltungsmacht ausgestatteter Stakeholder bestimmt ist. Ein kooperativ gestalteter öffentlicher Raum – so die Annahme von AGORA – fördert nicht nur das Wohlbefinden der Kooperierenden, sondern auch und vor allem das Wohlbefinden der ihn Nutzenden, insbesondere jener, die sich riskant verhalten. Folgt man Ansätzen der Weltgesundheitsorganisation (Ottawa Charta 1986,[4] Jakarta Erklärung 1997[5]) ist die Steigerung des Wohlbefindens auch als gesundheitsfördernder Faktor zu betrachten. Ein kooperativ gestalteter öffentlicher Raum sollte eine Umwelt – ein Setting – bilden, in dem Probleme und Konflikte, wenn schon nicht gelöst oder vermindert, zumindest nicht (weiter) vermehrt und/oder eskaliert werden.

Da von grossen quantitativen wie qualitativen Unterschieden des risikoreichen Verhaltens zwischen dem öffentlichen Raum einer Grossstadt und den «öffentlichen Räumen» kleinstädtisch-ländlicher Regionen[6] auszugehen war, wurde das Projekt in den Bundesländern Wien und Niederösterreich durchgeführt. Für die Feldarbeit wurden jeweils drei Bezirke mit heterogenen Problemlagen ausgewählt.

Feldarbeit und Methoden

Da sich bald nach Projektbeginn herausstellte, dass Polizei und Soziale Arbeit in den Jahren der Projektentwicklung und Antragstellung begonnen hatten zu kooperieren, und sich auch weitere Differenzen zwischen vorgesehenen Projektschritten und Feld auftaten, musste der Projektplan mehrfach der «widerspenstigen Realität» angepasst werden. De facto wurde in einem ersten Projektschritt die aktuelle Praxis von Polizei und Sozialer Arbeit in den ausgewählten Bezirken durch Beobachtungen und Interviews erhoben, die Studierende der beiden Fachhochschulen durchführten. Die Erhebungen wurden durch Recherchen der Vernetzungen beider Berufsgruppen ergänzt. In einem zweiten Schritt wurde in Arbeitsgruppen, die aus Mitarbeitenden von Polizei und Sozialer Arbeit zusammengesetzt waren, bezirksweise an der Vernetzung gearbeitet, wobei sich rasch der Bedarf nach einer geeigneten Vermittlung oder «Nahtstelle» ergab. Der Bedarf wurde – um es vorwegzunehmen – durch die Bezirkspolitik befriedigt, allerdings nur in Niederösterreich.

Die Vorwegnahmen erleichtern den Sprung in die Ergebnisse: Der nächste Abschnitt beschäftigt sich mit den Organisationsformen, der Position und der Vernetzung der beiden Berufsgruppen in Wien und Niederösterreich, der darauf folgende mit den Vernetzungskräften und in einem dritten Ergebnisteil wird über den Verlauf der Vernetzungsarbeit in einem Wiener und einem niederösterreichischen Bezirk berichtet.

Polizei und Soziale Arbeit in Wien und in Niederösterreich

Organisationsformen und Position der beiden Berufsgruppen unterscheiden sich nach Bundesland und untereinander. Vergleichsweise einheitlich ist die Bundesbehörde Polizei, die staatliche, gesetzlich festgelegte Aufgaben wahrnimmt. Der operative Teil der Aufgaben wird von der in Polizeiinspektionen (PI) organisierten Bundespolizei wahrgenommen, die dem Innenministerium untersteht und von diesem den Landespolizeibehörden – wie es in österreichischer Amtssprache lautet – «beigegeben» wird.

Die zentralistisch-hierarchische, auch mit Berufstiteln an das Militär erinnernde Arbeitsorganisation der Polizei wird durch Zusammenarbeit mit anderen Berufsgruppen zunehmend aufgeweicht. Die Zusammenarbeit wurde auch durch die Einführung spezialisierter Präventivbeamter vorangetrieben. Präventionsbeamte sind in verschiedenen Bereichen, u.a. der Jugendarbeit, der Gewalt- und Suchtprävention tätig. Sie werden zwar selten im öffentlichen Raum aktiv, kooperieren aber eng mit anderen Einrichtungen. Zurzeit sind präventionspolizeiliche Aktivitäten in Wien besser ausgebaut und weitergehend professionalisiert als in Niederösterreich.

Die ganz anders gearteten Organisationen der Sozialen Arbeit fallen durch wenig einheitliche und diffuse Strukturen auf. Die mobile oder aufsuchende Soziale Arbeit, die für den öffentlichen Raum zuständig ist, wird in beiden Bundesländern durch kleine, hierarchisch «flache», bezirksübergreifende private Vereine mit unterschiedlichen Trägerorganisationen und unterschiedlichen (wenn auch zumeist staatlichen) Auftrag- und Geldgebern durchgeführt. In Wien ist – wie alle Formen der Sozialen Arbeit – auch die mobile Arbeit ungleich besser ausgebaut als in Niederösterreich (und in allen anderen Bundesländern!), sie ist hier auch weit stärker diversifiziert und – insbesondere zur Deeskalation von Konflikten und Leidensminderung – auf verschiedenste Problem- und Konfliktgruppen gerichtet. Ihre tragende Rolle bei der Gestaltung des öffentlichen Raums neben und in Kooperation mit der Polizei wird durch die demokratiepolitischen Aufgaben unterstrichen, die ihr von der Stadtpolitik zugewiesen wurden. Im «Mission Statement»[7] «Soziale Arbeit im öffentlichen Raum», das 2013 ressortübergreifend erarbeitet wurde, heisst es: «Die Stadt Wien versteht den öffentlichen Raum als einen sozialen Raum mit politischer Bedeutung. [...] Der öffentliche Raum unterliegt vielen Nutzungsansprüchen. Er steht allen gleichermassen zur Mitgestaltung offen. [...] Der öffentliche Raum ist charakterisiert durch die ‹unabgestimmte› Vielfalt der Gesellschaft und ist daher auch Austragungsort von Differenzen und Reibungen. Diese Nutzungskonflikte sind auch eine Chance, einem gleichberechtigten ‹Nebeneinander› der unterschiedlichen Ansprüche gerecht zu werden. Die Stadt Wien tritt gegen jede Form von Diskriminierung in und Verdrängung aus dem öffentlichen Raum auf. [...] Die Verwirklichung der Grundsätze der Stadt Wien in Bezug auf den öffentlichen Raum wird nur in einer interdisziplinären, ressort- und institutionenübergreifenden Kooperation und Vernetzung erreicht. [...] Basierend auf diesen Grundsätzen setzt die Stadt Wien vielfältige Angebote der Sozialen Arbeit ein. [...] Für die Stadt Wien bedeutet der Einsatz Sozialer Arbeit im öffentlichen Raum auch, den Ausgleich zwischen ökonomischen und sozialen Interessen zu stützen».

In den kleinstädtisch-ländlichen Gebieten liegt die Verantwortung für die alltägliche Gestaltung des öffentlichen Raumes vor allem in den Händen der Polizei. Der wenig ausgebauten Sozialen Arbeit ist der private Bereich zugewiesen, und ihr wird auch dann, wenn sie Aufgaben in der Öffentlichkeit bekam, hier ein marginaler Platz zugeteilt. Fallen für die Polizei «soziale Aufgaben» in der Öffentlichkeit an, kooperiert sie vorzugsweise mit privaten Sicherheits- und Rettungsdiensten: Mit diesen eint sie das Verständnis sozialer Aufgaben als «Rettung» (Einzelner). Zu erwähnen bleibt, dass sich die Eingriffe der Polizei fast ausschliesslich an junge Männer richten und Probleme in der Öffentlichkeit vorrangig als Generationenkonflikte eingeordnet werden, auch dann, wenn sie sich mit anderen Konflikten – etwa zwischen Menschen mit Migrationshintergrund – überlappen.

Vernetzende Einrichtungen

Kommunikation und Kontakte werden massgeblich durch Organisationsformen bestimmt: Wie kann Kooperation zwischen der zentralistisch hierarchisch organisierten Polizei und den lokalen, hierarchisch «flach» organisierten Einrichtungen der mobilen Sozialen Arbeit entstehen? Folgt man den Berichten von Mitarbeitenden der Polizei und der Sozialen Arbeit, die im öffentlichen Raum tätig sind, sind Kontakte und Kooperationen möglich, aber auf die persönliche Ebene beschränkt: Man begegnet einander am Arbeitsort,

bei der Arbeit mit denselben KlientInnen, grüsst einander, tauscht sich (auf der Strasse oder bei einem gemeinsamen Kaffee am Arbeitsplatz) aus und kooperiert gelegentlich (mit telefonischem Rat oder sogar durch persönliches Eingreifen). Die Faktoren, die in den Erzählungen die Kooperation stifteten, sind vor allem persönlicher Natur («Sympathie») – und gemäss den Wünschen der Erzähler sollte es auch bei dieser Art von Kontakten bleiben. Offizielle Formen der Vernetzung wurden abgelehnt – mit dem Hinweis auf die Unterschiedlichkeit der Ziele und Methoden, wie auch auf Anzeigepflichten und Schweigegebote.

Doch wurden in Wien auch systematischere Formen der Zusammenarbeit beobachtet – etwa das multiprofessionelle Zusammenspiel in Stationen öffentlicher Verkehrsmittel. Hinter dieser Kooperation standen Einrichtungen, die im Projekt als «vernetzende Einrichtungen» bezeichnet wurden. Als wichtigste Einrichtung dieser Art war die Sucht- und Drogenkoordination Wien (SDW) auszumachen, aber auch Einrichtungen der Jugendarbeit und der Verkehrsbetriebe spielten eine Rolle. Bei den vernetzenden Einrichtungen handelt es sich vorwiegend um Verwaltungseinheiten auf Länderebene, die für Querschnittsmaterien zuständig sind und die mit speziellen Vernetzungsaufträgen und -kompetenzen ausgestattet sind. Als vernetzende Einrichtungen wurden auch informelle Gremien auf Bezirksebene identifiziert – wie etwa die Regionalforen in Wiener Bezirken.

Die vernetzenden Einrichtungen waren zahlreicher und der Umfang der Verknüpfungen war weit grösser als erwartet – die Vernetzungsaktivitäten in der Bundeshauptstadt haben Ende der 2000er-Jahre deutlich zugenommen. Der SDW war dabei die Aufgabe zugefallen, Konflikte im öffentlichen Raum zu minimieren und sie hatte für ihren Tätigkeitsbereich «Öffentlicher Raum und Sicherheit» eine vielfältig vernetzende Arbeitsstruktur entwickelt und viele innovative Services geschaffen.[8] Das höchste Gremium dieser Arbeitsstruktur identifiziert «soziale Problemzonen im öffentlichen Raum» und legt damit Einsatzgebiete für Kooperationen zwischen Polizei und Sozialarbeit fest. Die Bezirke haben dabei keine Stimme, sie werden unverbindlich in anderen Gremien angehört. Am Rande sei erwähnt, dass auch die niederösterreichische «Fachstelle für Suchtprävention», die die Suchtkoordination einschliesst, Vernetzungsaufgaben erfüllt, jedoch in bescheidenerem Masse und auf die strategische Ebene beschränkt.

Die Vernetzungsarbeit von AGORA trug der unterschiedlichen Ausgangslage in den beiden Bundesländern Rechnung: dem vielfältigen Beziehungsgefüge, das sich in den letzten Jahren zwischen Polizei und Sozialer Arbeit in Wien entwickelt hat und dem fast ausschliesslich auf die persönliche Ebene beschränkten Kontakt beider Berufsgruppen in Niederösterreich. In Niederösterreich wurde nach einer vernetzenden Einrichtung gesucht und sie – wie erwähnt – in den Bezirks- bzw. (Klein-) Stadtverwaltungen gefunden, die Interesse am öffentlichen Raum zeigten, einem (Problem-)Feld, das ihrem Verwaltungshandeln zugeordnet ist.

In Wien schlug das Projektteam in Kooperation mit dem Tätigkeitsbereich «öffentlicher Raum und Sicherheit» der SDW einen anderen Weg ein: Angemessener als ein Beitrag zur Weiterentwicklung der Kooperation zwischen Polizei und Sozialarbeit schien eine Evaluation der bereits bestehenden Vernetzung. Da die Projektressourcen eine Evaluation ausschlossen, einigte man sich auf die Erhebung der Meinung von BezirkspolitikerInnen. Sie wurden anhand eines offenen Leitfadens als ExpertInnen über bestehende Vernetzungen und ihre Weiterentwicklung befragt.

Vernetzungsarbeit in zwei Bezirken

Die Erhebungsbezirke waren programmgemäss heterogen, und die Auswahl von Bezirken zur Illustration unterschiedlicher Vernetzungsverläufe war schwierig. Die Wahl fiel schliesslich auf die Kultur- und Verwaltungszentren der beiden Bundesländer, auf die mittelgrosse Stadt St. Pölten (rund 50'000 Einw.) und auf die Innere Stadt von Wien (rund 16'000 Einw.), die – parteipolitisch betrachtet – in Opposition zu den jeweiligen Länderregierungen stehen. Ausschlaggebend für die Wahl waren aber nicht die Gemeinsamkeiten der beiden Bezirke, sondern ihre gegensätzlichen Reaktionen auf die Vernetzungsinitiative von AGORA: In St. Pölten fielen sie auf den fruchtbarsten Boden, in der Inneren Stadt hingegen wurden Kontaktversuche am erfolgreichsten abgewehrt.

St. Pölten

Die öffentliche Problemlage in St. Pölten weist keine nennenswerten Besonderheiten auf, die soziale Arbeit im öffentlichen Raum ist im Vergleich zu anderen Bezirken Niederösterreichs besser ausgebaut.

Die Vernetzungsarbeit begann mit einer Sitzung des «Koordinationsteams St. Pölten», der Dachorganisation aller sozialen Einrichtungen des Bezirks, auf der AGORA vorgestellt wurde. In der Diskussion klagten die Sozialarbeitenden über die mangelnde Kommunikation und Zusammenarbeit mit der Polizei, wie auch mit privaten Sicherheitsdiensten. Mitarbeitende niederschwelliger und mobiler Dienste sahen sich auf die Kooperation mit der Polizei besonders angewiesen und besonders wenig ernst genommen. Der schlechte Kontakt wurde u. a. auf den hierarchischen Aufbau der Polizei zurückgeführt. Die meisten Teilnehmenden zeigten sich an einer von der Stadtverwaltung organisierten Arbeitsgruppe mit der Polizei interessiert. Der vom Projektteam angesprochene Bürgermeister entschied rasch, zu einer Vernetzungssitzung einzuladen.

Das erste Vernetzungstreffen war ausserordentlich gut besucht: Mitarbeitende von zumindest 16 Einrichtungen der Sozialen Arbeit sprachen sich für einen intensiveren und besser strukturierten Austausch über gemeinsame KlientInnen und die Arbeit mit der Polizei aus. Die Polizei klagte über den Mangel an Informationen über soziale Einrichtungen wie über das Fehlen einer Ansprechperson. Viele befürworteten eine nachhaltige Vernetzung – evtl. nach Tätigkeitsfeldern strukturiert. Der Stadtpolizeikommandant erklärte sich bereit, ein Folgetreffen in der «Grossgruppe» zu organisieren.

Beim Treffen im Stadtpolizeikommando wurde in themenspezifischen Arbeitsgruppen (Gewalt und Jugendliche) diskutiert und es wurden mögliche Kooperationsstrukturen erwogen. Kurz darauf ernannte die Polizei eine Präventionsbeamtin als Kontaktperson für und als polizeiinterne Informantin über soziale Einrichtungen. Wenige Monate später stellte der Bürgermeister eine «Sozialbeauftragte» ein, mit der Aufgabe, sozialen Einrichtungen als Ansprechperson und Koordinatorin zu dienen und sie zu vernetzen. Nach seiner Meinung sollte die Stadtverwaltung auch die Vernetzung weiterführen, allerdings in strukturierterer Form (weniger Teilnehmende, klarere Aufgabenstellungen).

Bald darauf lud die Gemeinde zu einem Treffen in der geplanten Struktur ein. Zur Sprache kam die verbesserte Kooperation der beiden Berufsgruppen, die auf die Beteiligung der Polizei an Teamsitzungen von Streetwork zurückgeführt wurde. Man äusserte den Wunsch, auch die Bundesbahnen in die Kooperation einzubeziehen und vereinbarte das nächste Treffen. Aus einer schriftlichen Nachricht, die das Projektteam nach dem offiziellen Ende des Projektes erhielt, geht hervor, dass

im Bereich der Arbeit mit Jugendlichen und Randgruppen Kooperationen zwischen Polizei und Sozialer Arbeit aufgebaut werden konnten, die sich unmittelbar positiv auf die gemeinsamen Zielgruppen auswirkten (etwa die Anzeigen alkoholisierter Jugendlicher verringerten).

Innere Stadt

Die Innere Stadt von Wien ist nicht nur Kultur– und Verwaltungsbezirk, sondern auch «Ausgehbezirk» mit einer besonderen Dichte von Lokalen, was dazu führt, dass sich alltäglich viel mehr BesucherInnen im Bezirk aufhalten als Personen, die ihn bewohnen. In einem Bezirksteil findet sich das sogenannte «Bermudadreieck», das vor allem Jugendliche und junge Erwachsene anzieht und in dem es im Zusammenhang mit starkem Alkoholkonsum immer wieder zu Beschwerden über Lärmbelästigung kommt. Die Bezirksvorsteherin wollte den Bezirk von der SDW zur Problemzone erklärt sehen, und erwog, als dies nicht geschah, die Einführung eines Alkoholverbotes für den öffentlichen Raum Die Innere Stadt ist mit Polizeiinspektionen gut ausgestattet, Soziale Arbeit ist hingegen kaum im öffentlichen Raum aktiv. Ein spät gegründetes Regionalforum wurde nach kurzer Zeit wieder geschlossen.

Auf das Gespräch mit AGORA liess sich die Bezirksvorsteherin nicht ein. Sie war wenig am Projekt interessiert und kritisierte eingangs die Auswahl der Erhebungsbezirke. Probleme im öffentlichen Raum – berichtet sie – würden geregelt, indem «die Bezirksvertretung zu Koordinationsgesprächen einlade – das funktioniert». Nach Kontakten und Kooperationen des Bezirks mit Polizei, Sozialer Arbeit und SDW befragt, antwortete sie abermals, dass die Bezirksvertretung im Bedarfsfall zu Koordinationsgesprächen einlade, und dass dies funktioniere. Zu einem späteren Zeitpunkt kam sie auf die Lärmbelästigung in dem Viertel mit besonderer Lokaldichte zu sprechen, die durch «entsprechende Behörden» unter Kontrolle sei.
Die Bezirksvorsteherin sprach die Probleme und die Problembearbeitung in ihrem Bezirk wie eine externe Angelegenheit an, und traf dabei ein Stück Realität: Problemträger sind die BesucherInnen, die den Bezirk tagtäglich überschwemmen. Ihre Distanzierung schliesst jedoch auch die Einrichtungen der Stadt ein, deren Aufgabe es ist, diese Probleme zu bearbeiten. Sie hat AGORA möglicherweise als ihnen zugehörig identifiziert, und als Reaktion darauf, dass ihr die gewünschte Unterstützung durch die Stadtregierung versagt geblieben war, die Mitarbeit am Projekt verweigert.

Schlussbemerkungen: Grossstädtische und ländliche Bezirke

Bezirks-/ und Stadtverwaltungen sind bestens als Schnittstelle für die Vernetzung von Polizei und Sozialer Arbeit geeignet: Der öffentliche Raum liegt in ihrem Zuständigkeitsbereich und er ist überschaubar – und überschaubar sind auch die Problemfelder und ihre Bearbeitung, ob nun Polizei und Soziale Arbeit kooperieren oder nicht. Die Überschaubarkeit erlaubt Kritik und Einspruch – also die Beteiligung der BürgerInnen an dem (politischen) Geschehen. Da Kooperationen das Handeln der Partnerorganisationen verändern und wichtige Handlungsfelder wie etwa Anzeigen- und Schweigepflicht (und damit Machtverhältnisse) tangiert sind, ist die potentielle Kontrolle durch die BürgerInnen von unersetzbarem Wert.

Die Bezirksverwaltung eines grossstädtischen Bezirks hat geringere Freiheiten – zumindest wenn es um den Aufgabenbereich öffentlicher Raum geht. Die Bestimmung des öffentlichen Raumes, seiner Problemfelder und ihrer Bearbeitung erfolgt durch die (Gross)Stadt, durch vernetzende Einrichtungen, deren Arbeit für die BürgerInnen, wie auch für die Bezirke weder überschaubar, noch beeinflussbar ist. Transparenz – die das Wohlbefinden und die Gesundheit aller Betroffenen steigert, wie auch die Freude an der Kooperation – könnte auf mehrfache Weise und u.a. hergestellt werden durch die Vernetzung und Abstimmung der vernetzenden Einrichtungen, geeignete Informationen über vernetzende Aktivitäten, und die Einbeziehung der Bezirke in die Gestaltung des öffentlichen Raums auch durch Vernetzungsaktivitäten.

Kann die (fortgeschrittene) kooperative Gestaltung des einheitlichen grossstädtischen Raumes von Entwicklungen multiprofessioneller Zusammenarbeit in ländlich-kleinstädtischen Öffentlichkeiten informiert werden, so gilt dies natürlich auch umgekehrt: Hier stünde die Differenzierung des vereinfachenden Leitproblems «Generationenkonflikt» auf dem Programm, das vermutlich durch die einseitige Zuständigkeit der Polizei geprägt wurde und das durch multiprofessionelle Zusammenarbeit an Komplexität und Realitätsnähe gewinnen könnte.●

Literatur

Eisenbach-Stangl, I./Bernardis, A./Fellöcker, K./Haberhauer-Stidl, J./Schmied, G. (2008): Jugendliche Alkoholszenen. Konsumkontexte, Trinkmotive, Prävention, Occasional Publication Series des Europäischen Zentrums für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung. Wien.

Kovar, F./Jäger, A. (2013): Strategische Kooperationen zwischen der Polizei, der Sucht- und Drogenkoordination Wien und anderen Stakeholdern im öffentlichen Raum. Präsentation auf der Tagung «Kooperation von Polizei und Sozialarbeit im öffentlichen Raum als Beitrag zur Gesundheitsförderung». 27. August 2013. Niederösterreichisches Landhaus St. Pölten.

Sadounig, D. (2008): Komatrinken in den Medien. Ein Zerrbild. Unveröffentlichtes Manuskript. Wien.

Strohmeier, G. (2014): Öffentlichkeit im Dorf Occasional Seminar begleitend zum Projekt AGORA. Oktober 2014. Wien: Europäisches Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung.

Endnoten

1 Vgl. Sadoundig 2008.
2 Vgl. Eisenbach-Stangl et al. 2008.
3 Finanziert wurde AGORA vom Fonds Gesundes Österreich (FGÖ), der Wiener Gesundheitsförderung (WIG) und der Niederösterreichischen Gesundheitsförderung (Tut Gut).
4 Die Ottawa-Charta zur Gesundheitsförderung ist online zugänglich, www.tinyurl.com/charta-ottawa, Zugriff 17.09.2015.
5 Die Jakarta Declaration ist online zugänglich, www.tinyurl.com/Jakarta-decleration, Zugriff 17.09.2015.
6 Vgl. Strohmeier 2014.
7 Mission Statement «Soziale Arbeit im öffentlichen Raum» der Stadt Wien, www.tinyurl.com/odj96oz, Zugriff 17.09.2015.
8 Vgl. Kovar/Jäger 2013.